



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Wirtschaft
und Energie
Der Minister

Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg

Frau Schinowsky, MdL
Fraktion der Bündnis90/Die Grünen
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Telefon : (0331) 866 – 1500
Telefax: (0331) 866 – 1724
Internet: www.mwe.brandenburg.de

nachrichtlich

Präsidentin des Landtages Brandenburg
Frau Britta Stark
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Potsdam, 12. Dezember 2018

69. Plenarsitzung des Landtages Brandenburg am 12. Dezember 2018
TOP 10: Fragestunde, LT-Drs. 6/10087, Mündliche Anfrage Nr. 1508,
„Zeitplan Energiestrategie 2030“

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

es ist richtig, dass das Ministerium Wirtschaft und Energie im Frühjahr diesen Jahres davon ausgegangen ist, dass wir Ende 2018/Anfang 2019 die Evaluation der Energiestrategie 2030 abschließen und eine aktualisierte Energiestrategie 2030 vorlegen können. Jedoch hatte ich bereits im September in der 66. Plenarsitzung erläutert, warum die Landesregierung den aktualisierten Maßnahmenkatalog zur Energiestrategie 2030 im Juli 2018 separat beschlossen hat.

Dafür gab es zwei wesentliche Gründe:

Erstens fehlt ein klarer Fahrplan auf Bundesebene. Denn auch wenn das Land Brandenburg zu den führenden Ländern beim Ausbau der erneuerbaren Energien gehört, so bestimmt die historisch gewachsene Nutzung des einheimischen Energieträgers Braunkohle doch noch zu großen Teilen unsere Energiewirtschaft. Derzeit wird über die weitere Nutzung der Kohle in Deutschland im Rahmen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ diskutiert. Gerade weil die Braunkohle noch einen großen Anteil an der brandenburgischen Energiewirtschaft hat, war es nicht sinnvoll und zielführend, die Energiestrategie 2030 als Ganzes zu aktualisieren. Erst wenn auf Bundesebene zu diesem Punkt Klarheit herrscht, können und sollten wir unsere Energiestrategie aktualisieren, da diese schließlich bis zum Jahr 2030 reicht.

Zweitens wollten wir die weitere Umsetzung der Maßnahmen – die teilweise schon begonnen hat – nicht gefährden. Vor allem aber wollten wir der intensiven Arbeit aller Beteiligten Rechnung tragen, denn der Aktualisierungsprozess erfolgte unter Beteiligung von über 100 Interessenvertretern von Fach- und Umweltverbänden,

aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie regionalen und kommunalen Institutionen und spiegelt damit auch deren Ideen und Diskussionsergebnisse aus den durchgeführten Fachgesprächen und Fachworkshops wieder.

Seit kurzem ist nun klar, dass die Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ bis Ende Jan. 2019 verlängert wurde. Anschließend müssen die Empfehlungen der WSB-Kommission noch durch die Bundesregierung umgesetzt werden (z.B. durch Gesetze und Verordnungen) bzw. muss sich die Bundesregierung eindeutig positionieren, inwieweit sie die Empfehlungen umsetzen wird. Aus unserer Sicht können erst dann sinnvoll die Auswirkungen auf die Brandenburger Energiewirtschaft abgeschätzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr.-Ing. Jörg Steinbach